

Krakauer Zeitung.

Nr. 221.

Freitag, den 26. September

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnement-Preis für die Seite vom 1. Oktober bis Ende December 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 Kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Kr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Kr., für auswärts mit 1 fl. 75 Kr. berechnet.

Bestellungen und Geldern übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Dr. 423 an den Planen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nemenspreis: für Krakau 4 fl. 20 Kr., mit Versendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einlieferung 7 Kr., für jede weitere Einlieferung 3½ Kr.; Stämpelgebühr für jede Einlieferung 20 Kr.

— Inserat-Bestellungen und Geldern übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Dr. 423 an den Planen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. October 1862 beginnt ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Prämienpreis für die Seite vom 1. October bis Ende December 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 Kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Kr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Kr., für auswärts mit 1 fl. 75 Kr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Nr. 719/pr.

Zu Gunsten der Tarnobrzegger Abbrändler sind in der ersten Hälfte des Monats September 1. J. nachstehende Unterstützungsbeiträge eingeflossen: fl. kr.

Vom Pfarramte in Hyżne mittels d.s.

Bezirksamtes in Tyczyn 7 —

Vom Lubaszer Gemeindevorstande mittels des Bezirksamtes in Dąbrowa 2 20

Vom Herrn Baron Brunicki in Horęczko mittels des Bezirksamtes in Przemysł 1 —

Vom Bezirksamte Trembowla mittels Sammlu g 1 —

Von der Tarnower Finanz-Bezirks-Direktion 8 80

[wovon 1 fl. für die Klosterkirche]

Von den Gemeinden des Brzozower Bezirkes 38 63½

Vom Bezirksamte in Mielnica mittels Sammlung 10 —

Von den Herren Beamten des Tarnower Kreisgerichtes 10 50

[wovon 4 fl. für die Klosterkirche]

Vom Bezirksamte in Pilsen 8 85

Vom Bezirksamte im Oberwölz 3 66½

Von der Landes-Regierung in Salzburg 30 93

Vom Bezirksamte in Maria-Zell 3 32

Vom Bezirksamte in Czortków 3 90

Vom Bezirksamte in Pilzno mittels einer Sammlung in den Gemeinden Siedliska und Globikówka 1 21½

Von Sr. Chr. Chr. W. Herrn Geistlichen Jaroszyński 11 10

Von Sr. Chr. Chr. W. Herrn Geistlichen Kulczykowski 10 —

Vom Herrn Kons. Jabłonowski mittels Collecte 174 70

Von der Frau Gräfin Małachowska 227 50

[wovon 182 fl. für die Klosterkirche]

Vom Herrn Pfarrer Tabaczyński 21 —

Von der Pfarre Kolaczyce 25 —

[wovon 15 fl. für die Klosterkirche]

Aus der Collecte des Herrn Johann Jędrzejowicz 200 —

[wovon 57 fl. 20 Kr. für die Klosterkirche]

Von der Gemeinde Gisbach 2 —

Vom Hrn. Wasserbaubezirksleiter Gross 5 —

Vom Herrn Eduard Graf Stadnicki 100 —

[wovon 50 fl. für die Klosterkirche]

Vom Herrn Sigm. Deutsch in Wien 5 —

Aus den Sammlungen des Hrn. Prior

Dydyński 44 80

Von der Pfarre Raniżów 104 30

Vom Herrn Schindler in Mokrzyszów 400 —

Von der Pfarre Góra roźczycka 12 —

Aus den Sammlungen des Herrn He-

drzak 143 —

Von der Pfarre Maydan 79 —

Aus den Sammlungen in der Tarno-

brzegger Klosterkirche 101 —

Vom Bezirksamte Husiatyn 10 50

Zusammen 1806 91½

Hiezu aus den früheren Sammlungen 9686 66

220 Korek Getreide, 23 Korek

Erdäpfel und 419 Pfd. Mehl,

somit im Ganzen 11493 57½

220 Korek Getreide, 23 Korek

Erdäpfel und 419 Pfd. Mehl.

Diese Spenden wurden bereits ihrer Bestimmung zugeführt.

Vom k. k. Statthalterei-Commissions-Präsidium.

Krakau, am 22. September 1862.

Allerunterthänigster Vortrag
der treugehorsamsten Staatschulden-Commission
vom 7. Juli 1862, S. 79,
über die Angelegenheiten des Staatschuldenwesens mit
Schluß des zweiten Semesters 1861.

[Schluß.]

Die Schuld des lombardisch-venetianischen Königreiches vergrößerte sich binnen des zweiten Semesters 1861 durch Kapitals-Aufnahme und zwar: in Folge der Ausgabe von Obligationen für neu liquidirte Kriegsschäden, der erneuerten Anweisung der Leibrente für die mensa vescovile di Carpi zur Zahlung bei der Monte-Kasse in Venedig und durch Einrechnung der kapitalisierten Zinsen von ebenfalls vermehrten fl. kr. Depositengeldern u. s. im Ganzen um 89.674 16 stellt sich jedoch mit Rücksicht auf die stattgefundenen Vermehrungen des Umtauschvermögens des lombardisch-venetianischen Amortisationsfondes per 121.780 63

sonach geringer um 32.106 47 Auch die gesammte Grunenlastungsschuld steigerte sich bis Ende October 1861 (nach Abrechnung des vorgedachten für Laudemial-Entschädigungen ausgegebenen Grundentlastungs-Obligationen im 2.903.941 fl. 11 kr. österr. Währung aus Anlaß der zur Bedeckung neu liquidirter Forderung n ausgesetzten Obligationen).

In dem Eu. Majestät ehrbarigst unterbreiteten Ausweisen sind die im Jahre 1830 entweder zur Convertirung in 4percentige Conventions-Münze Obligationen oder zur barem Rückzahlung aufgékündigte 5percentigen Conventions-Münze-Obligationen-Kapitalien, welche hiezu bis Ende des Jahres 1860 nicht beigebracht wurden, als zur Verjährung erloschen vom Stande der betreffenden Schuldgattungen abgeschrieben, jedoch außer den eigentlichen Possesskapitalien auch die unbekommenen Gewinne der bezüglichen ebenfalls verzeichneten Lottos-Amortisationskapitalien aufgeführt.

Dagegen wurden die von der Staatskredits-Hofbuchhaltung nachgewiesenen verfallenen bis Ende October 1861 aber nicht erkosten Interessen, und zwar: von den bei der Universal-Staats- und Banco-Schuldenkasse beständigen Schuldgattungen im Ganzen per 54.184.325 fl. 44½/10 kr. und von der lombardisch-venetianischen Schuld per 1.080.035 fl. 97 kr. österreichische Währung wegen der diesfalls bestehenden und bereits in dem allerunterthänigsten Vortrage der Staatschulden-Commission de dato 28. Zum 1861, S. 65, erweiterten Verhältnisse auch in deren gegenwärtigem Ausweise nicht aufgenommen.

Auf den Interims-Einnahmen- und Ausgabeconten der Staatszentralkasse hasteten nach der hierüber von der obgenannten Buchhaltung gelieferten Nachweis am 31. October 1861:

I. An rückständigen Interims-Einnahmen:
a) in Barem und Geld vertretenden Papieren:

1. bei Staatskassen 1.360.125 96
2. bei Privaten 26.483.208 66½/10
27.843.334 62½/10

b) in Obligationen:

1. bei Staatskassen 5.988.000 —
2. bei Privaten 11.017.279 83
17.005.279 83

sonach zusammen 44.848.614 45½/10

II. An rückständigen Interims-Ausgaben:

a) in Barem und Geld vertretenden Papieren:

1. bei Staatskassen 3.694.204 68½/10
2. bei Privaten 39.899.470 22½/10
43.593.674 91

b) in Obligationen:

1. bei Staatskassen 471.780 —
2. bei Privaten 13.346.000 —
13.817.780 —

daher im Ganzen 57.311.454 —

Da jedoch die definitive Berechnung bezüglich dieser schwebenden Aktiv- und Passivposten, worunter auch die in der schwebenden Staatschuld bereits eingerechneten Vorlässe von Wechselhäusern u. c. in Depotschäften inbegriffen sind, bis Ende October 1861 nicht ausführbar war, so kann auch derzeit nicht bestimmt werden, ob und welcher Betrag hievon entweder in den Aktiv- oder Passivstand aufzunehmen ist.

Die in der Universal-Staats- und Banco-Schuldenkasse bei der unter Intervenitur der Staatschulden-Commission am 31. October 1861 gepflogenen Contingenz vorgesehenen, dann die in den Anlehnklassen gleichzeitig vorhandenen Vorlässe an vollständig

ausgestellten und auf den Kreditsbüchern hastenden Obligationen sind nur zum Umtausche gegen gleich große Obligationenkapitalien derselben Schuldenkategorien, beziehungsweise zur Bedeckung für weiter zu leistende Einzahlungen bestimmt, änderten daher nicht den faktischen Stand der betreffenden Schuldgattungen und wurden lediglich zur erforderlichen Evidenzhaltung in einem besonderen Anhange des Eu. Majestät ehrbarigst unterbreiteten Ausweises verbreitet.

Schließlich glaubt die treuergebene Staatschulden-Commission noch erwähnen zu sollen, daß alle während des zweiten Semesters 1861 im Stande der allgemeinen Staatschuld vorgefallenen Veränderungen mit Ausnahme der stattgefundenen Convertirung bestehender Schuldgattungen, nämlich der 5percentigen Conventions-Münze-Obligationen der Anlehen aus den Jahren 1816 bis 1847, dann 1851 Serie A und 1852, ferner der 5percentigen in Conventions-Münze und in österreichischer Währung ausgestellten Verlosungs-Staatschuldbeschreibungen teils in 2½percentigen, teils in 5percentigen Conventions-Münze-Obligationen der Anlehen von den Jahren 1815 bis 1847, obwohl durch die beabsigte Umwandlung zwar keine Vermehrung des Binnenfördermisses, sondern nur des ohnehin nicht rückzahlbaren Capitals bezüglich des Nennwertes bewirkt worden ist, in den Vorchristen begründet erscheinen; daß ferner die stattgehabte Ueberschreitung der patentfähigen Münze der Münzscheine um 508.156 fl. lediglich durch Manipulationsverhältnisse bedingt auch nur vorübergehend gewesen ist, indem mit Ende März 1862 der Umlauf der Münzscheine selbst unter 12 Millionen Gulden herabgegangen war, endlich, daß die Abschreibung der in Verwaltungsjahre 1861 vertragsmäßige und nach Auordnung des Allerhöchsten Patenten vom 23. December 1859 (§. 5 und 7) durch börsenfähige Einlösung zu tilgenden Quoten der betreffenden Schuldenkategorien deshalb nicht stattgefunden hat, weil deren Einlösung bis Ende October 1861, nur teilweise effiziert werden konnte.

Wien, den 7. Juli 1862.
Joseph Fürst zu Colloredo-Mannsfeld m. p.
Alphons Marquis Palavicini m. p.
A. S. Freiherr v. Rothschild m. p.
3. L. Ritter v. Popp v. Böhmskett m. p.
Moritz Ritter v. Bodianer m. p.
A. Ritter v. Dück m. p.
Peter Ritter v. Murmann m. p.

Das k. k. Finanzministerium hat den Adjunkten bei der Landeshauptkasse in Graz Jakob Leitner zum Konsistorialrat bei der Landeshauptkasse in Klagenfurt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 26. September.

Aus der Nachricht, daß der französische Gesandte Benedetti am 22. September wieder auf seinen Posten nach Turin abgereist ist, verbunden mit der Reise des Prinzen Napoleon nach Turin und mit der Belebung von Lavalette, in Rom auf seinem Posten zu bleiben, will die „K. B.“ den Schluß ziehen auf eine Besetzung der Beziehungen zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Könige Victor Emanuel. Vielleicht liegt in den bevorstehenden Vermählungsfeierlichkeiten ein hinreichender Grund, um Benedetti's Reise nach Turin zu erklären. Ob Lavalette in Rom bleibt, oder nicht, ist bei der Politik des Kaisers, die stets über die Köpfe seiner Minister hinweg getrieben wird, gleichgültig. Der Brüsseler Correspondent der „K. B.“ ist ebenfalls der Ansicht, daß die Unwesenheit dieser Herren in Turin irgendwie als Vorboten einer Italien freundlicheren Politik betrachtet werden dürfte. Der Kaiser hat noch nicht den Mund aufgethan, und er bleibt dabei, vor seiner Rückkehr nach Paris nichts von der italienischen Angelegenheit hören zu wollen. Rattazzi wird sich bis dahin in Geduld fassen müssen, und alle Schritte, die er beabsichtigen mag, bis zu jener Zeit hinausschieben. Die „Perseveranza“ ist ebenfalls dieser Ansicht. Sie schreibt: Die Ankunft des Prinzen Napoleon in Turin wird zugleich mit der Politik in Verbindung gebracht und Mancher schmeichelt sich schon dort mit der Hoffnung, daß der Prinz günstige Mittheilungen in Bezug der römischen Frage mitbringe. Die Illusion wird, sagt die „Perseveranza“, nur gar zu bald benommen werden. Der Prinz kommt blos in Familienangelegenheiten nach Turin und hat mit der Politik in den Tuilerien nichts zu schaffen. Die überzeugten Freunde des Ministeriums rufen nur neue Verlegenheiten her vor, indem sie dem Publicum durch Verbreitung sol-

Herr v. Thouvenel, schreibt man der „Ostd. Post“ aus Paris, wird das Ministerium im Laufe des October, unmittelbar nach der Rückkehr des Hofes von Biarritz, verlassen. Die Candidatur des Hrn. v. Bourgueny ist befürchtet und Herr Drouin de l'Huys kann mit einiger Wahrscheinlichkeit als der Nachfolger Thouvenels betrachtet werden.

Baron Ricasoli ist auf seiner Rückreise nach London in Paris angekommen und von Hrn. Thouvenel empfangen worden.

Das dieser Tage zu Ehren Victor Hugo's in Brüssel abgehaltene Bankett hat zu ernsten Reklamationen seitens des französischen Gesandten Veranlassung gegeben, und zwar sind diese Reklamationen auf unmittelbaren Befehl aus Biarritz erhoben worden. Bei diesem Bankett, das keineswegs ein streng geschlossenes war, fielen nämlich die stärksten Anfeuerun-

ger Nachrichten Sand in die Augen zu streuen suchen.

General Durando, schreibt man der „K. B.“ aus Turin, macht sich keine Illusionen über den Erfolg seiner Noten und denkt daher erst an

gen gegen das gegenwärtig in Frankreich herrschende Regime, Aussäße, wie sie in dieser Schwäche des Imperialismus sicherlich noch nicht erfahren hat. Bedeutungsvoll aber ist, wie man übereinstimmend von mehreren Seiten versichert, daß keine der bei diesem Feste gehaltenen politischen Reden die Demokratie oder den Republicanismus verherrlichte, obgleich die anwesenden Matadore der französischen Republik von 1848 die Wortführer waren, sondern daß durchweg ein orleanistischer Geist wehte. Hier ist auch der Ort, darauf aufmerksam zu machen, daß auf allen Punkten der Orleanismus ständig an Boden gewinnt, und daß in Frankreich selbst die orleanistische Partei die legitimistische Fraktion fast gänzlich abstößt. — Was die eingängig erwähnte Reklamation anbelangt, so ist dieselbe von der belgischen mit würdevoller Energie abgewiesen worden. Im Publicum aber hat die Sache eine gewisse Aufregung hervorgerufen, und die Folge wird unfehlbar sein, daß der bevorstehende Empfang des Königs Leopold in seiner Residenz den starken Beigeschmack einer Demonstration gegen den Imperialismus bekommt.

Italienische Blätter schildern die Festlichkeiten, mit denen die kleine italienische Republik San Marino am 14. d. den Abschluß eines Allianzvertrages mit der Regierung des Königs Victor Emanuel feierte. Ein italienisches Blatt aus dem Nachschluß dieses Vertrages den merkwürdigen Schluß ziehen, daß König Victor Emanuel endlich dem System der Annexionen entsagen wolle.

Der Eindruck der österreichisch-n. und preußischen Note über die holsteinische Frage soll, der „Indep.“ zufolge, in Kopenhagen ein sehr ungünstiger gewesen sein, und die dänische Regierung werde darauf mit einer kategorischen Weigerung, mit einer Berufung an die Unterzeichner des Londoner Protocols von 1852 und mit einem feierlichen Proteste gegen diese Einmischung der deutschen Mächte, in die inneren Angelegenheiten Dänemarks antworten. Der dänische Gesandte in Wien soll erklärt haben, „Dänemark würde, wenn es sich solchen Bedingungen unterwerfe, zum Range von Hessen-Cassel herab sinken; so weit aber sei es noch nicht gekommen!“ Diese Sprache, meint der Correspondent des „Indep.“, und andere Indienländer lassen befürchten, daß die Frage der Herzogthümer unerwartete Verhältnisse annehme, nämlich wenn es sich bestätigt, daß Dänemark den deutschen Großmächten gegenüber aus die Unterstützung der vier anderen Unterzeichner des Londoner Vertrages zählen kann. Die „S. C.“ erklärt obige dem dänischen Gesandten, Herrn Generalmajor von Bülow, in den Mund gelegte Aeußerung für apokryph.

Bekanntlich soll der Präsident Juarez der französischen Regierung seine Geneigtheit, mit ihr wegen des Friedens zu unterhandeln, zu erkennen geben haben. Der General Forey erhält nun mit dem am 18. Sept. von St. Nazaire nach Veracruz abgesetzten Poststück Weisungen in Bezug darauf; man verfügt jedoch, daß er beauftragt sei, dem Präsidenten in Mexico Bedingungen zu stellen, welche der letztere kaum würde annehmen können.

Das französische Schiff „Manche“, welches von New-Orleans kam, ist von dem sōderalisticischen Geschwader gesägt worden, weil es keine Schiffahrts-Erlaubnis des Generals Butler vorzeigen konnte. Der französische Gesandte, welcher diesen Act allen Prinzipien zuwider fand, hat bei der Washingtoner Regierung energisch die Freilassung des französischen Schiffes verlangt.

Bekanntlich hatte der österreichische Minister Graf Reichberg in einer Note vom 21. v. Mts. die preußische Regierung aufgefordert, nachdem durch den bairisch-württembergischen Widerspruch der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag doch gescheitert sei, nunmehr in die im Art. 25 des Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 vorbehalteten commissarischen Unterhandlungen über einen Handels- und Zollbund mit Österreich einzutreten. Die vom 19. d. M. datirte preußische Antwort lehnt dies ab. Die Note führt, nach der N. 3., aus, daß man diesseits die Verträge vom 2. August keineswegs als gescheitert betrachte, da das Hervortreten einer Meinungsverschiedenheit über eine große handelspolitische Maßregel nicht sofort als gleichbedeutend mit der Verwerfung derselben aufzufassen werden könne, es vielmehr in ähnlichen Fällen schon öfter gelungen sei, anfängliche Meinungsverschiedenheiten im Wege weiterer Verhandlung auszugleichen. Eine andere Auffassung würde die Möglichkeit jeder Entwicklung in der Gesetzgebung des Zollvereins ausschließen, weshalb man auch ferner den durch die Rückäußerungen nach München und Stuttgart eingeschlagenen Weg innehalten müsse, einen Weg, der sich als dem Interesse des Zollvereins entsprechend bewährt habe; die Gründe, aus denen man früher den Zeitpunkt für Gründung der Verhandlungen mit Österreich noch nicht für eingetreten erachtet, seien also auch heute noch vorhanden, und da Österreich selbst zugestanden, daß es das Recht, diesen Zeitpunkt zu bestimmen, nicht ausschließlich in Anspruch nehmen könne, so könne es nicht überraschend sein, wenn Preußen an seinen Bedenken festhalte.

Nach der „Bayerischen Ztg.“ ist die Erwiderung der bairischen Regierung auf die preußische Note vom 26. August am 23. d. nach Berlin abgegangen. Die Regierung beharrt in motivirter Weise auf der Ablehnung.

Nach der „Donau-Ztg.“ sollen die preußischen Abgeordneten zum Münchener Handelsstage bündende Instruction erhalten, um zuvor der ersten den französisch-preußischen Handelsvertrag zur Discussion zu bringen. Die Reihe der Verhandlungsgegenstände ist jedoch in folgender Weise festgestellt: 1. Vorschläge zur Verbesserung der Zollvereinsorganisation; 2. die

österreichischen Handels- und Zollvereinungsanträge, und 3. der französisch-preußische Vertrag. An dieser Reihenfolge, meint die „Donau-Ztg.“, muß von den österreichischen Vertretern, ihren Freunden und Meistern Seinen versichert, daß keine der bei diesem Feste gehaltenen politischen Reden die Demokratie oder den Republicanismus verherrlichte, obgleich die anwesenden Matadore der französischen Republik von 1848 die Wortführer waren, sondern daß durchweg ein orleanistischer Geist wehte. Hier ist auch der Ort, darauf aufmerksam zu machen, daß auf allen Punkten der Orleanismus ständig an Boden gewinnt, und daß in Frankreich selbst die orleanistische Partei die legitimistische Fraktion fast gänzlich abstößt. — Was die eingängig erwähnte Reklamation anbelangt, so ist dieselbe von der belgischen mit würdevoller Energie abgewiesen worden. Im Publicum aber hat die Sache eine gewisse Aufregung hervorgerufen, und die Folge wird unfehlbar sein, daß der bevorstehende Empfang des Königs Leopold in seiner Residenz den starken Beigeschmack einer Demonstration gegen den Imperialismus bekommt.

Die Beteiligung der österreichischen Handelskammern bei dem deutschen Handelstag in München scheint eine sehr lebhafte werden zu wollen. Die Wiener Handelskammer wird auch aus diesen Anlaß nächstens Montag eine außerordentliche Sitzung abhalten. Nebst den Handelskammern werden auch das Gremium der Kaufmannschaft Wiens und das der Großhändler Abgeordnete zu diesem Schuhze wählten. Der Präsident des deutschen Handelstages Herr Hansemann, hat gestern Wien, wo er sich einige Tage aufhielt, verlassen.

Die hervorragendsten schwäbischen Großdeutschen, Probst und Schott, haben sich durch die Ablehnung der Österreichischen bestimmen lassen, gleichfalls nicht nach Weimar zu gehen.

Wie ein Heidelberger Correspondent der „Südd. Ztg.“ vernimmt, wird Heinrich v. Gagern an der Versammlung in Weimar (?) teilnehmen.

Verhandlungen des Reichstages.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 23. September. (Schluß.)

In der Generaldebatte sprachen heute noch außer Kaiserfeld und Mende Dr. Alois Fischer und v. Froschauer.

Dr. Fischer (Tirol) spricht für den Kaiserfeld'schen Antrag. In Tirol würde man den Wertkataster nur ungern mit dem stabilen Kataster vertauschen, das Land wisse, was es mit dem Wertkataster hat, wisse aber nicht, ob dassjenige, was man dafür bieten wird, den Verhältnissen des Landes entsprechen werde. Deshalb ist Tirol nicht gegen die Revision des Katasters, im Gegenteil man fühlt, daß der Kataster derselben bedürftig sei. Aus diesem Grunde hat das a. b. Handelsblatt, durch welches die Revision des Katasters beschlossen wurde, nicht die leiseste Besorgniß in Tirol hervergerufen, vielmehr sah man von dem Augenblick an, als dieses Handelsblatt bekannt wurde, den Landtag mit erhöhtem Interesse entgegen, da durch dieses Handelsblatt der Landtag berufen wurde, die Instructionen, welche der Finanzminister dem Landesausschuß vertrat, mitgetheilt hat, zu berathen. In der Erwaltung Alles dessen wurde man auch dadurch bestärkt, daß in der Regierungslage über die Revision des stabilen Katasters von Tirol und Vorarlberg keine Melbung geschieht. Da erfuhr man plötzlich in Tirol, daß der Finanzausschuß den Beschluß gefaßt habe, die Einführung des stabilen Katasters auch in Tirol und Vorarlberg zu beantragen. Dies erregte manche Bedenken. Man habe im Finanzausschuß gesagt, daß Tirol verhältnismäßig weniger gebe, als ein anderes Land. Das sei nicht richtig. Der beste Beweis seien die zahlreichen Auswanderungen, welche in dem 1850er Jahre stattfanden (nahezu 13,000 Einwohner); und wenn man diese Leute fragte, warum sie das Land verlassen, so sagten sie, es sei in Tirol zu schlecht geworden. Wenn das Haus in Tirol die Grundsteuer nach den gegenwärtig bestehenden Grundsätzen bestimmen würde, dann würde es dahin kommen, daß man um Executionskörinne in Verlegenheit sein würde, während die Auswanderungen fortduren würden.

v. Froschauer (Vorarlberg): Das, was Herr Fischer bezüglich Tirols gesagt hat, läßt sich im Ganzen und Großen auch von Vorarlberg sagen. Nur ist Vorarlberg zur Beschaffung der ihm mangelnden Bodenerzeugnisse noch mehr als Tirol vom Auslande abhängig. In Tirol wie in Vorarlberg besteht der Wertkataster; in Vorarlberg wird die Grundsteuer und Steuersteuer nach einer Einschätzung der Eigenschaften erhoben. Beide sind sonach dem Prinzip nach gleichgehalten; nur in der Durchführung derselben sind sie verschieden. Der Wertkataster mag auch seine Fehler haben, aber er hat im Volke seine Wurzel gesetzt. Was ihn (Redner) veranlaßte, das Wort zu ergreifen, sei die plötzliche Abänderung des Prinzipes, die durch den vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigt wird.

Als am 3. Juli der Herr Finanzminister den Entwurf über die Revision des stabilen Katasters auf den Tisch des Hauses niedergelagerte, so konnte man aus der Ueberschrift und dem Inhalte entnehmen, daß derselbe auf Vorarlberg nicht Anwendung finden sollte. Desto überraschter mußte man sein, daß der Finanzausschuß die Revision auch auf Vorarlberg ausgedehnt hat. Der Ausschuß habe es nicht einmal der Mühe wert gefunden, auf die Landesverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Man müsse Vorarlberg Zeit und Gelegenheit lassen, ein System, das ihm unbekannt ist, zu erfassen und zu prüfen.

Er sei also der Ansicht, daß das Gutachten des Landtages eingeholt werde. In dem Rescript vom 7. Februar 1861 wurde anbefohlen, den Wertkataster in Tirol und Vorarlberg zu revidieren, und es wurde die Weisung erlassen, eine Instruction zur Durchführung dieser Revision zu verfassen. — Dieses a. b.

Rescript, das vor der Hand dem Lande den Wertkataster erhalten wissen wollte, dieses Rescript ist von dem Ausschuß durch einen Federstrich weggelegt worden. Wenn man nach den Gründen dieser Abschaltung eines kaiserlichen Rescripts suche, so finde man im Ausschusserichte keine (Bravo), und sei verucht zu glauben, es sollte hier ein Machtspurk geschehen: sic volo, sic jubeo.

Redner erklärt sich schließlich für den Antrag Kaiserfeld's, nur beantragt er die vom Präsidenten bestreits mitgetheilten Zusätze.

Um 2 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste

Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung des heutigen Gegenstandes.

Präsident. Herr Stanick hat vor Beginn der Sitzung um das Wort ersucht.

Abg. Stanick. Es sind bereits drei Monate verstrichen, seitdem die Interpellation, betreffend die in Böhmen gegen landwirtschaftliche Vereine von der Ministerbank erhobene Beschuldigung, daß sich dieselben mehr mit politischen als mit landwirtschaftlichen Gegenständen befaßten, eingebaut wurde und noch immer ist keine Beantwortung erfolgt. Ich sehe mich daher bemüht, diese Thatsache vor dem h. Hause zu constatiren und zugleich zu ersuchen, sich die Consequenzen daraus zu ziehen und einen künftigen Maßstab der Beurtheilung zu bilden.

Staatsminister v. Schmerling. Ich gestehe, daß die Beantwortung dieser Interpellation meinerseits in Vergessenheit gerathen ist, was vielleicht verzeihlich sein dürfte, wenn man erwägt, daß dieses h. H. Haus mit sehr vielen wichtigeren Angelegenheiten beschäftigt ist (Heiterkeit), und wenn man es würdig, daß diese Interpellation eine Angelegenheit betrifft, welche weder auf das Wohl des Reiches noch auf das des Königreiches Böhmen den geringsten Einfluß übt (vermeinte Heiterkeit). Aber indem ich mein Versagen einbekenne, werde ich es demnächst durch Beantwortung dieser Interpellation gut machen. (Anhaltende Heiterkeit und Bravo links).

Über die in der Sitzung des Finanzausschusses am 22. d. in Aussicht gestellten Modificationen der Vollzugs-

vorschrift vom 17. Juli l. J. zu dem neuen Brann-

weinsteuergesetz vom 9. Juli d. J. wird folgendes berichtet: Der Geist des neuen Brannweinbesteu-

rungs-Gesetzes ist dahin gerichtet, dem Brenner völ-

lige Freiheit in seiner Manipulation zu gewähren und ihm dadurch die Vortheile eines durchaus rationellen Betriebes zu ermöglichen. Es wird nun in einem eigenen Paragraphe ausdrücklich ausgesprochen werden, daß den Brennern die freie Bewegung in der Manipulation gesichert sei. Die Bestimmung des §. 9, daß bei der Anmeldung des Erzeugnisses nach Alkohometergraden dem Steuerpflichtigen ein Spielraum von 10 Percent in der Art gestattet sei, daß erst eine Mehrerzeugung, welche 10 Percent überschreitet, als Unregelmäßigkeit im steuerbaren Verfahren mit einer Ordnungsstrafe geahndet wird, wurde dahin abgeändert, daß den Steuerpflichtigen ein Spielraum von zwanzig Percent mehr und weniger gestattet wird.

Die geradezu gegen das Gesetz verstörende Bestim-

mung desselben §., daß bei einer dieses Ausmaß über-

schreitenden Mindererzeugung nicht die Anzeige des Meßapparates, sondern die Angabe der Anmeldung der Steuerbemessung zu Grunde gelegt wird, wurde gänzlich beseitigt. Die angemeldete Menge des Erzeugnisses soll bei einer einen längeren Zeitraum als sieben Tage umfassenden Anmeldung nunmehr ebenfalls ver-

ringert werden können; die Fälle der Überwachung sollen genau präzisiert und so den untergeordneten Finanzorganen jede Handhabe des Betriebes und der Chicane entzogen werden; die Registerführung soll ver-

einfacht werden. Überhaupt sollen eine Menge lästiger und nuklofer Detailbestimmungen, modifiziert wer-

den, welche einen unberechtigten Eingriff in die Man-

ipulation darstellen. Durch diese Abänderungen wird

den vielfachen Beschwerden, die z. B. erst jüngst in einem Memorandum ungarischer Brennereibesitzer über-

die Vollzugsvorschrift zur Kenntnis des Finanzminis-

teriums gebracht worden sind, abgeholfen werden. Das

Verdienst dieser für die Spiritusbrennerei wichtigen

Modificationen der Vollzugsvorschrift kommt dem Ab-

geordneten v. Hopfen zu, welcher die Sache ange-

regt und mit Eifer und Erfolg durchgeführt hat. Dieser

Abgeordnete wird nun im Verein mit dem Regie-

ranten v. Hopfen und dem Finanzminister v. Plessner und dem Ministerialrat v. Brentano, eine Zeit lang

vor der Abgeordnetenhausfindung sogenannte Finanzdebatte, worin er erklärt, daß er in Folge der Verweigerung seines Urlaubs und seiner Wahl zum Schriftführer des Hauses sich genötigt sehe, sein Mandat als Reichsratsabgeordneter niederzulegen. Gr. Glam motiviert diesen Entschluß in sehr ausführlicher Weise, wobei das Diplom, der böhmische Landtag und die Verfassungsbücherei des engeren Reichsrathes die Angelpunkte seiner Argumentation bilden.

Die Wiener Blätter sprechen sich mitunter in sehr scharfer Weise über diesen auffallenden Schritt des gräflichen Abgeordneten aus. Die „C. Ost.“ schreibt: Wir bedauern, daß die Reichsvertretung diesen Repräsentanten des feudalen, und sōderalisticischen Princips verliert, aber wir erkennen auch, daß nur ein solches Vorgehen bei der normal angenommenen Haltung consequent und würdig ist, wenn man nicht im niedrigsten Gradwesen sich verlieren will. Unser Bedauern ist jedoch deshalb erregt, weil wir alle Parteien vertreten sehen möchten, und weil nur das offene Auftreten ihre Position im Volke bestätigt; im Reichsrath ist der Herr Abgeordnete Glam ein verschwindender Bruchteil, außerhalb desselben ist der Herr Graf Glam eine Potenz der Sprecher im Abgeordnetenhaus findet sogleiche Widerlegung und Kritik, der demonstrativ Schweigende hält sich in Nimbus und Nebel. Allein jedenfalls würde diese Resignation darlegen, wohin die Führer der Rechten bereits gelangt sind: Groholzki beißt sich an den Finanzdebatten, Graf Glam resigniert.

Das „Fremden-Blatt“ schreibt: Der edle Graf ist also der trag-komischen Rolle, die er in diesem Hause spielt, bis ans Ende treu geblieben. Er ist richtig vom Erhabenen zum Lächerlichen allmählig herabgestiegen; der begonnene Gigantkampf gegen die Februar-Verfassung endigt mit einer Flucht vor dem zeitraubenden Geschäft eines Schriftführers unter der Devise aut Caesar aut nihil. Nach einem beispiellosen Passus, in welchem der Graf mit dem schwarzen Müßiggänger beim Turnier zu Ashby verglichen wird, heißt es weiter: Wie wären glücklich, wenn wir wenigstens die Motivirung des Austritts als eine gelungene bezeichnen könnten. Unser parlamentarisches Leben hat bisher so wenig Staatsmänner gezeigt, daß wir mit Vergnügen einige Größen der unrechten Seite des Hauses gönnen möchten. Was wird man aber in anderen parlamentarischen Staaten sagen, wenn man liest, daß ein Schriftführer darum sein Mandat niedergelegt, weil er es nicht ertragen kann, daß Schriftstücke, die sich nicht mit seiner Überzeugung vertragen, vor seinen Augen als Schriftführer unmittelbar vorübergesehen müssen? Unmöglich könnte es Herrn v. Glam unbekannt sein, daß es in allen Parlamenten ein von der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit vorgeschriebener Brauch ist, die Schriftführer auch aus der Minorität zu wählen! Wdet denn nicht die Opposition einen othwendigen Theil des parlamentarischen Begriffs? Was würde aus dem konstitutionellen Leben, wenn die Minoritäten stets davon laufen wollten? Wo denkt denn der Herr v. Glam den Sieg seiner Ideen durchzusetzen, wenn nicht im Parlamente? — Etwa in den böhmischen Wäldern? In Frankreich sitten seit dem Staatsstreich, also durch mehr als ein Jahrzehnt, zahlreiche oppositionelle Republikaner, sie üben bei jeder Gelegenheit eine scharfe Kritik der bestehenden Verhältnisse, aber es ist ihnen noch niemals der unpolitische, gesellschaftswidrige und kindliche Einfalls gekommen, schmollend aus dem Hause zu laufen. Ihre Wähler würden sie bei der Rückkehr ausgesetzt haben. Auch in dem vorliegenden Falle ist es fraglich, ob der Landtagssitz aus Böhmen, wie sich die Herren von der Rechten selbst gerne nennen, das Recht hatte, sein Mandat für den Reichsrath niederzulegen, ohne sich auch seines Mandates als Landtagsabgeordneten zu begeben. Der böhmische Landtag hat jedenfalls ein Recht sich zu beklagen, daß einer seiner Bevölkerungen die Zahl seiner Vertreter im Reichsrath um eine Stimme vermindert. Gesetz, diese Stimme schlägt gerade, um einem Wunsch Böhmens die Majorität zu räumen, oder der Abgang dieser Stimme verzögerte die Wählfähigkeit des Hauses? Wir kennen nur eine Instruction der Landtage für ihre Gewählten, nämlich im Reichsrath zu tagen, abstimmen und abzustimmen. Von dieser Instruction hat sich der Ab-

Amtsblatt.

N. 14242. **Kundmachung.** (4166. 1-3)

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau wird zur Lieferung nachstehend bezeichneter Papiergattungen für den Bedarf der leitenden Finanzbehörden und der unterstehenden Amtsräte und Organe im Verwaltungsjahr 1863 die Concurrenz-Verhandlung hiermit ausgeschrieben.

Unternehmungslustige haben ihre schriftlichen Angebote vorliegen unter Beibringung von 4 Musterbogen jeder zur Lieferung deklarierter Papiergattung und bei Anschluß des mit fünf Prozent des angebotenen Preises berechneten Angebotes, oder bei legaler Nachweisung, daß letzteres zu diesem Behufe bei einer Aeratalkasse erlegt wurde, bis einschließlich 3. October 1862 bei dem Präsidium der obgenannten Finanz-Landes-Direction unter der Aufschrift: „Anbot für die Papierlieferung auf das Verwaltungsjahr 1863“ einzubringen.

Die zu liefernden Papiergattungen und deren beispielige Menge sind, und zwar:

Nr. Gattung des Papiers	Größe Metrisch Papier	Format Höhe Brett Ries Wien. - Zoll
		Format
1 Klein-Konzept	1764	13 1/2 17
2 Groß-Konzept	1092	15 18 1/2
3 Klein-Median-Konzept	348	16 1/2 22
4 Groß-Median-Konzept	61	17 23
5 Klein-Regal-Konzept	115	18 1/2 24
6 Groß-Regal-Konzept	14	19 26
7 Imperial-Konzept	17	21 1/2 29
8 Klein-Kanzlei	685	13 1/2 17
9 Groß-Kanzlei	15	15 18 1/4
10 Klein-Median-Kanzlei	2	16 1/2 22
11 Postpapier Kleinformat	8	13 1/2 17
12 Paktpapier Klein	73	18 1/2 24
13 dito. Groß	76	21 30
14 Couvert-Papier	39	15 18 1/2
15 Fließ-Papier	10	15 18 1/2

Die näheren Lieferungs-Bedingnisse können bei dem Dekonome der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau (Aeratalgebäude am Stradom CN. 9) in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 11. September 1862.

N. 14242. **Obwieszczenie.**

W celu zabezpieczenia dostawy papieru w gatunkach niżej wymienionych dla użytku c. k. krajowej Dyrekcyi skarbowej w Krakowie i podwładnych urzędów i organów na rok administracyjny 1863, rozpisuje się publiczną licytację za pomocą ofert pisemnych. Oferty te zawierają mające próbę po 4 arkusza z każdego gatunku papieru, którego dostawę przedsiębiorca objąć zamierza, potem wadym wynoszące 5 odsetek ogólnego wartości zamierzonej dostawy, lub wykaz, że takowe wadym w o. k. kasie złożone zostało; winno być należycie podpisane, opieczętowane i najdalej do 3-go października 1862 podane do Prezydium c. k. krajowej Dyrekcyi skarbowej w Krakowie, pod napisem: „Oferta w celu objęcia dostawy papieru na rok administracyjny 1863“.

Dostawa papieru tyczy się następujących gatunków:

Nr. biez.	Nazwa gatunków papieru	dominiem szczyn. pap. ryz	formatu
			dlug. szer. wied. cali
1	Papier do pisania maszynowy: konceptowy w małym form.	1764	13 1/2 17
2	w dużym "	1092	15 18 1/2
3	medyan mały .	348	16 1/2 22
4	" duży .	61	17 23
5	rygałowy mały .	115	18 1/2 24
6	" duży .	14	19 26
7	" imperiały .	17	21 1/2 29
8	kancelaryjn w małym form.	685	13 1/2 17
9	" w dużym "	15	15 18 1/2
10	median mały .	2	16 1/2 22
11	papier do pis. pocztowy mały	8	13 1/2 17
12	do opakowania mał. for.	73	18 1/2 24
13	" duż. for.	76	21 30
14	do kuwertów	39	15 18 1/2
15	bibułowy	10	15 18 1/2

Bliższe szczegóły warunków licytacyjnych mogą być przejrzone w zwykłych godzinach urzędowych w kancelarii c. k. ekonomatu krajowego (w dolnej części domu rządowego na Stradomiu pod l. 9).

Z c. k. Dyrekcyi krajowej skarbu.

Krakau, dnia 11 września 1862.

N. 14317. **E dyk t.** (4127. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niżej edyktom p. Kazimierza Lgockiego, Kajetana Beliny Ossowskiego, Józefa Bukowskiego, Franciszka z Michalskich Bukowską, Józefę Censlerową, Anastazyą Włocką i Józefa Zajączkowskiego z miejsca pobytu niewiadomych, a w razie ich śmierci ich spadkobierców i prawonabywców z imienia, nazwiska, z życia i miejsca pobytu niewiadomych, że przeciw nim i przeciw Józefowi Bartmańskiemu, c. k. Prokuratorowi skarbowemu w Krakowie imieniem najwyższej skarbu — c. k. Prokuratorowi skarbowemu we Lwowie imieniem za-

kładu głuchoniemych i ślepych i imieniem zakładu dam du Sacré Coeur, tudzież przeciw zakładowi głuchoniemych i ślepych we Lwowie i zakładowi dam du Sacré Coeur we Lwowie, nareszcie przeciw masie wierzcicieli dóbr Zerosławice i byłej masie krydalnej Kajetana Beliny Ossowskiego — p. Helenie z Romerów Oraczewska pod dniem 28 lipca 1862 l. 14317 do tutejszego sądu wniosła pozew względem orzeczenia iż prawo zastawu sumy 700 # z pn. wedle dom. 31 pag. 267 n. 5 on.

Unternehmungslustige haben ihre schriftlichen Angebote vorliegen unter Beibringung von 4 Musterbogen jeder zur Lieferung deklarierter Papiergattung und bei Anschluß des mit fünf Prozent des angebotenen Preises berechneten Angebotes, oder bei legaler Nachweisung, daß letzteres zu diesem Behufe bei einer Aeratalkasse erlegt wurde, bis einschließlich 3. October 1862 bei dem Präsidium der obgenannten Finanz-Landes-Direction unter der Aufschrift: „Anbot für die Papierlieferung auf das Verwaltungsjahr 1863“ einzubringen.

Die zu liefernden Papiergattungen und deren beispielige Menge sind, und zwar:

Nr. Gattung des Papiers	Größe Metrisch Papier	Format Höhe Brett Ries Wien. - Zoll	Format
			Format
1 Klein-Konzept	1764	13 1/2 17	1764 13 1/2 17
2 Groß-Konzept	1092	15 18 1/2	1092 15 18 1/2
3 Klein-Median-Konzept	348	16 1/2 22	348 16 1/2 22
4 Groß-Median-Konzept	61	17 23	61 17 23
5 Klein-Regal-Konzept	115	18 1/2 24	115 18 1/2 24
6 Groß-Regal-Konzept	14	19 26	14 19 26
7 Imperial-Konzept	17	21 1/2 29	17 21 1/2 29
8 Klein-Kanzlei	685	13 1/2 17	685 13 1/2 17
9 Groß-Kanzlei	15	15 18 1/4	15 15 18 1/4
10 Klein-Median-Kanzlei	2	16 1/2 22	2 16 1/2 22
11 Postpapier Kleinformat	8	13 1/2 17	8 13 1/2 17
12 Paktpapier Klein	73	18 1/2 24	73 18 1/2 24
13 dito. Groß	76	21 30	76 21 30
14 Couvert-Papier	39	15 18 1/2	39 15 18 1/2
15 Fließ-Papier	10	15 18 1/2	10 15 18 1/2

Die näheren Lieferungs-Bedingnisse können bei dem Dekonome der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau (Aeratalgebäude am Stradom CN. 9) in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 11. September 1862.

N. 1759. **Obwieszczenie.** (4165. 3)

Ze strony c. k. Urzędu jako Sądu w Bielsku zawiadamia się niniejszym edyktem, że przeciw masie leżącej s. p. Wojciecha Hacelli o oddanie gospodarstwa pod Nr. 61 w Harklowy Józef Relniak wniosk skargę i prosi o pomoc sądową, względem czego do rozprawy ustnej termin na 18 grudnia 1862 przedpołudniem o 10ej godzinie przeznaczony został.

Dla zaspnięcia zaskarżonej masy i na jej niebezpieczenstwo i koszt ustanowił c. k. sąd Jana Sępiela jako kuratora, z którym wniesiona sprawa prawnia według przepisanej dla Galicji procedury sądowej będzie pertraktowana.

Tym edyktom przypomina się przeto spadkobiercom niewiadomym Wojciecha Hacelli, aby w należytym czasie albo sami przybyli, albo potrzebne dokumenta ustanowionemu zastępcy udzielili lub innego rzecznika wybrali i temu sądowi oznajmili w ogóle przedsięwzięli służące do obrony przepisane środki prawne, gdyż powstałe z zaniechania skutki sami sobie przypiszą.

Biel, dnia 2 września 1862.

Z. 11366. **Kundmachung.** (4177. 2-3)

Zur Verpachtung der Czchower städtischen Propriations-Gerechtsame für die Dauer vom 1. November 1862 bis letzten October 1865 wird in der Kammerkanzlei zu Czchów am 7. October l. J. eine zweite und für den Fall des ungünstigen Erfolges, am 13. October l. J. eine dritte Licitationsverhandlung stattfinden.

Der Fiscalpreis beträgt 786 fl. ö. W. jährlich. Das vor der Licitation zu erlegende Badium beträgt 10% des Fiscalpreises.

Vor und während der mündlichen Licitations-Verhandlung können auch schriftlichen Öfferten überreicht werden.

Bei der dritten Licitations-Verhandlung werden auch Abote unter den Fiscalpreise angenommen werden.

Die übrigen Licitations-Bedingnisse können an jedem Tage beim c. k. Bezirksamt Brzesko oder bei der Stadtkammer in Czchów eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 21. September 1862.

N. 909. **Kundmachung.** (4178. 1-3)

Mit Bezug auf den §. 29 der Branntwein-Steuer Wollzugs-Vorschrift vom 17. Juli 1862 wird vom gefertigen k. k. Finanz-Landes-Directions-Deconomate zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß bei demselben gegenbare Einsendung der bezüglichen Kosten Spiritus-Mäßigapparate zum Kaufe vorhanden sind. Die Kosten betragen für ein Stumpf'sches Maßapparat 107 fl. für ein Ritteringer'sches 80 fl. ö. W. Außerdem ist noch eine Entschädigung für die Transportskosten zu leisten, welche von jeder Landestehörde nachträglich bekannt gegeben werden wird. Die Bestellungen werden nach Maßgabe des Einlangens des Apparates aus Wien mit thunlichster Belebung realisiert werden.

Schließlich wird beigelegt, daß kleineren Branntwein-Brennereien in Unberacht des geringeren Preises das Ritteringer'sche Apparat anempfohlen wird.

Von k. k. Finanz-Landes-Directions-Deconomate.

Krakau, am 24. Septbr. 1862.

Z. 11383. **Kundmachung.** (4179. 2-3)

Zur Verpachtung der im Orte Prądnik biały, Krakauer Kreises gelegenen, dem St. Lazarus-Spitalsfonde in Krakau gehörigen Mühle sammt 6 Joch 758 Quadrat-Meter wird eine öffentliche Licitation auf den 8. October 1862, 9 Uhr Vormittags hiermit ausgeschrieben.

Krakau, dnia 9 września 1862.

N. 14317. **E dyk t.** (4127. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niżej edyktom p. Kazimierza Lgockiego, Kajetana Beliny Ossowskiego, Józefa Bukowskiego, Franciszka z Michalskich Bukowską, Józefę Censlerową, Anastazyą Włocką i Józefą Zajączkowskim z miejsca pobytu niewiadomych, a w razie ich śmierci ich spadkobierców i prawonabywców z imienia, nazwiska, z życia i miejsca pobytu niewiadomych, że przeciw nim i przeciw Józefowi Bartmańskiemu, c. k. Prokuratorowi skarbowemu w Krakowie imien